



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

27.01.04

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 26.01.04

Presseerklärung

1. Vermittlungsausschuss hat kommunale Lage verschlimmbessert

Kämmerer Pehlke brachte es auf den Punkt: Selbst wenn die Stadt alle freiwilligen Leistungen einstellen und sich auf die Wahrnehmung der Pflichtaufgaben beschränken würde, könnte kein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Unter den gegebenen Umständen ist davon auszugehen, dass die Regierungspräsidentin das Sicherungskonzept für den Haushalt 2003/2004 nicht genehmigen wird.

Weit unter den Erwartungen bleiben die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und aus Hartz IV. Die Hoffnung, dass aus der Fusion Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sowie der damit verbundenen veränderten Zuständigkeiten Einsparungen in Höhe von ca. 42 Mio Euro zu erzielen seien, verkehrt sich möglicherweise sogar ins Gegenteil. Das könnte passieren, wenn die Stadt alleine für Miete, Heizkosten und Kleiderhilfe derjenigen aufkommen muss, die bislang vom Arbeitsamt Arbeitslosenhilfe erhalten haben.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Stadtkämmerer von einer Wirtschaftswachstumsrate in Höhe von 3,5% ausgeht, die selbst bei großem Optimismus leider nur als unrealistisch angesehen werden muss. Das finanzielle Risiko ist unter Umständen noch wesentlich größer als angenommen.

Aus unserer Sicht ist klar, dass die CDU/CSU über den Vermittlungsausschuss das Desaster für die kommunalen Finanzen verursacht hat. Der Beschluss des CDU-Parteitages zur Abschaffung der Gewerbesteuer macht deutlich, was von dieser Seite zu erwarten ist.

Kommunal gibt es zusätzlich zu der fiskalischen Misere aus Hartz IV auch negative Konsequenzen auf der personellen Seite. Die bisher als Fallmanager tätigen MitarbeiterInnen im Sozialamt sind für die Bearbeitung von Aufgaben, die der Kommune zugeschoben werden, überqualifiziert. Hier müssen Kooperationsmodelle zwischen Arbeitsamt und Sozialamt

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

entwickelt werden, durch die der Rückgriff auf das know-how der MitarbeiterInnen im Sozialamt institutionalisiert wird.

Darüber hinaus ist es aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unumgänglich, dass die Gemeindefinanzreform mit einer Neugewichtung des Finanzausgleichs weiter Thema bleibt und die Kommune durch Hartz finanziell entlastet belastet wird. Hartz IV muss aus unserer Sicht dringend nachgebessert werden.

2. Betriebleitung muss in Vorleistung treten

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit eine Ausfallbürgschaft der Stadt für das Klinikum zustimmungsfähig ist.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt halten wir das Konzept der Geschäftsführung, die Klinik zukunftsfähig zu machen, für unzureichend. Noch immer liegt keine umfassende Kosten-Leistungsrechnung bzw. eine fundierte Stärken- und Schwächen-Analyse vor. Schon jetzt ist klar, dass sich das Gesamtergebnis des Klinikum, mit der Einführung der fallpauschalorientierten Vergütung ab 2005 weiter verschlechtern wird. Betriebsvergleiche zeigen, dass das Klinikum im Bereich des Personals überdurchschnittlich hohe Kosten verursacht.

Die insgesamt schlechte Ausgangslage ist unter anderem auf logistische und bauliche bzw. Standortprobleme zurückzuführen. Von daher ist nahe liegend, dass Investitionen erforderlich sind, um durch Zentralisierung und verbesserte Logistik die Voraussetzungen für eine Effektivierung der Organisation zu schaffen.

Was bisher fehlt, ist ein Zeitrahmen und eine Priorisierung der abzuarbeitenden Aufgaben sowie eine stringentes Controlling. Deutlich werden muss auch, durch welche konkreten Schritte welche Einnahmeverbesserungen erzielt werden können.

Wenn eine derartige Perspektive von der Geschäftsführung präsentiert wurde, kann auch vom Betriebsrat erwartet werden, über einen wie auch immer zu leistenden Beitrag der Beschäftigten den Konsolidierungskurs zu unterstützen.

Das bisherige Sammelsurium von sicher im einzelnen sinnvollen Maßnahmen reicht aus unserer Sicht weder für ein Zukunftsabkommen mit den Beschäftigten, noch für ein Ja zur Ausfallbürgschaft aus. Die Geschäftsführung ist am Zug und die Zeit drängt, wenn eine Insolvenz des Klinikum verhindert werden soll.

3. Vermarktung Kinderspielplätze

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden einen neuen Versuch starten, das missglückte Projekt „Vermarktung von Spielplätzen“ zu beenden. Der Bericht der Verwaltung zu den von uns gestellten Fragen macht mich, dass weder im Bereich der Erlöse durch den Verkauf noch bei



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

dem vermuteten Rückgang der Betriebskosten die Erwartungen der Verwaltung bei weitem nicht erfüllt werden. Der Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ist zu vernachlässigen. Dem gegenüber steht ein realer Verlust an Spielflächen in den Stadtbezirken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, dass sämtliche Spielflächen an die Stadtbezirke zurückgegeben werden. Die Bezirksvertretungen sollen darüber befinden, inwieweit die Flächen als Bolzplätze und sonstige Übungsmöglichkeiten für Ballsportarten (Basketball, Tenniswand etc) Kindern und Jugendlichen wieder zur Verfügung gestellt werden können.